

An dieser Musikschule

**soll das Unterrichtsangebot
ab Januar 2025
stark reduziert werden.***

*) Weitere Informationen erhalten Sie vom Finanzsenator bzw. Ihren Wahlkreisabgeordneten

Bitte fragen Sie mit folgendem Brandbrief (oder gerne auch eigenen persönlichen Formulierungen) bei Ihren Abgeordneten nach!!!

Sehr geehrte ...

Die Perspektiven für die Öffentlichen Musikschulen entwickeln sich im Rahmen der aktuellen Haushaltsverhandlungen in eine dramatische Richtung:

Finanzsenator Evers und der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Torsten Schneider haben zu unterschiedlichen Personen übereinstimmend geäußert, dass

keine Eräterhöhung für die Bezirklichen Musikschulen nach dem Herrenberg-Urteil vorgesehen sind und auch keine vorgesehen werden. Aus ihrer Perspektive sind die Mehrkosten die für die Festanstellungen notwendig werden, durch eine **Kürzung des Angebots** zu erbringen.

Erste Hochrechnungen kommen zu dem Ergebnis, dass von den 63.000 Schülerinnen und Schülern der Bezirklichen Berliner Musikschulen dann **ca. 25-30 % ihren**

Unterrichtsplatz verlieren würden; betroffen wären demnach **15-18.000**

Schülerinnen und Schüler. Völlig ungeklärt auch die Frage, wer von den 1.800

Honorarlehrkräften weiterhin an der Musikschule (dann aber

sozialversicherungspflichtig beschäftigt) arbeiten darf; eine **Zitterpartie**.

Anscheinend soll nicht die spätestens am 25. Januar 2025 in der letzten Runde beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales fallende Entscheidung abgewartet werden, sondern eine Berliner "Lösung" vorher umgesetzt werden.

Wir fordern Sie auf, diesen "Schnellschuss" abzuwenden. Die gesellschaftliche Teilhabe an musikalischer Bildung wird durch diesen verheerenden Schritt massiv eingeschränkt. Durch solch dramatische Einschnitte in die Berliner Musikschullandschaft würden nicht nur tausende Schülerinnen und Schüler ihren Ausbildungsplatz und hunderte Lehrkräfte ihre Tätigkeit und ihr Einkommen an ihrer Musikschule verlieren, sondern es gäbe auch große Auswirkungen z.B. auf die Kooperationen mit Schulen und Kitas, den Wettbewerb Jugend musiziert, auf das Landesjugendorchester und schließlich auch auf die Hochschulen nach sich ziehen, die einen Rückgang des jetzt schon zu geringen Berufsnachwuchses zur Folge hätte.

Die Musikschulen spielen eine entscheidende Rolle für die kulturelle Bildung und persönliche Entwicklung der Bürgerinnen und Bürger in Berlin, sie stehen für

- „**vielfältige musikalische Bildung**
- **Förderung von Talenten**
- **soziale Integration**
- **lebenslange Freude an Musik**“.

Dies stellt selbst **Finanzsenator Stefan Evers** auf seiner Webseite fest (<https://stefan-evers.de/warum-ein-groesseres-unterrichtsangebot-der-musikschule-fuer-treptow-koepenick-so-wichtig-ist/>), er **fordert** unter seiner Überschrift sogar ein "**Grösseres Unterrichtsangebot der Musikschule**".

Wir bitten Sie: Lassen Sie diesen verheerenden Rückschritt nicht zu! Unterstützen Sie uns fraktionsübergreifend mit der Forderung, den **Umfang des Unterrichtsbetriebs** der im Schulgesetz verankerten Bezirklichen Musikschulen mindestens aufrechtzuerhalten und den **Unterricht für ALLE** Schülerinnen und Schüler weiterhin sicherzustellen.

Wir erwarten eine schnelle und positive Nachricht von Ihnen am besten schon mit der kommenden Plenarsitzung am 7. November im Abgeordnetenhaus Berlin.

Mit freundlichen Grüßen